TOP ~~SECRET~~ Public

DIE ANSTALT

Faktencheck!

„Die Anstalts-Testwahl“
vom 11. Februar 2025.

Mit Maike Kühl,
Luisa Charlotte Schulz,
Timo Wopp,
Matthias Renger und
Ecco Meineke.

ZDF

Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 11. Februar 2025

(Stand: 11.02.25 19:00)

„Opening 2“ 3
„Political Animals“ 4
„Familienaufstellung“ 7
„Agenda 2030“ 9
„Finale“ 23
Impressum 26

Stimmt das denn wirklich, was diese größenwahnsinnigen Besetzer da in der Anstalt verzapfen? Das fragen immer wieder viele verunsicherte Zuschauer. Müssen wir womöglich unser Weltbild nachbessern – und wie sollen wir uns das eigentlich leisten? Die Anstaltsleitung teilt Ihnen mit: Zur Beruhigung besteht keinerlei Anlass, es ist alles genau so gemeint, wie es nicht gesagt wurde. Wenn Sie das nicht glauben können, überzeugen Sie sich selbst bei folgenden anderen Quellen, von denen wir uns alle gleichermaßen distanzieren. Wir sind ja schließlich nicht wahnsinnig…

„Opening“

Gleich nach der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus macht Friedrich Merz den Rechtsextremen ein Angebot, das die nicht ablehnen können. Er will gemeinsam mit den Nazis die Grenzen für Geflüchtete schließen und so faktisch das Asylrecht in Deutschland abschaffen.

Link: taz

Das Asylrecht, das genau deshalb im Grundgesetz steht, weil für viele die Flucht vor den Nazis vor verschlossenen Grenzen endete.

Art. 16 a „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“

Link: Bundesministerium für Justiz

Zur Geschichte des Asylrechts in Deutschland siehe: Bundeszentrale für politische Bildung

Link: LTO

Am ersten Tag will er zur Selbstjustiz schreiten und Geflüchtete an der Grenze stoppen.

Entgegen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

Link: tagesschau

Die deutschen Staatsgrenzen zu allen Nachbarstaaten sollen dauerhaft kontrolliert werden“ und Zurückweisung: „Es gilt ein faktisches Einreiseverbot für Personen, die keine gültigen Einreisedokumente besitzen und die nicht unter die europäische Freizügigkeit fallen.

Link: “Bundestag

Von Zitat „irgendwelchen Scheißgerichten“ will man sich in der Uniondabei nicht länger aufhalten lassen.

Quelle ziitiert in Die Zeit: „Niemand, so fügte ein anderer Unionsmann am Telefon hinzu, könne die Ausreden mehr hören, wegen irgendeines "Scheiß-Gerichts" gehe dies nicht, wegen des Europarechts oder wegen der Genfer Flüchtlingskonvention gehe jenes nicht.“

Link: ZEIT

Gute Nachricht die Union ist jetzt für rechtsfreie Räume…

Nach vorherrschender Rechtsmeinung, verstößt die pauschale Zurückweisung von Geflüchteten an der Grenze gegen Europarecht und internationale Abkommen

Link: Institut für Menschenrechte

Link: DW

Link: Verfassungsblog

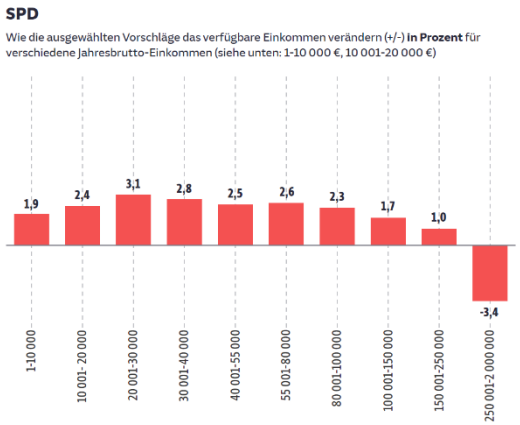
Link: LTO

Der Holocaust-Überlebende Albrecht Weinberg jedenfalls will nach dieser Woche sein Bundesverdienstkreuz zurückgeben.

Link: taz

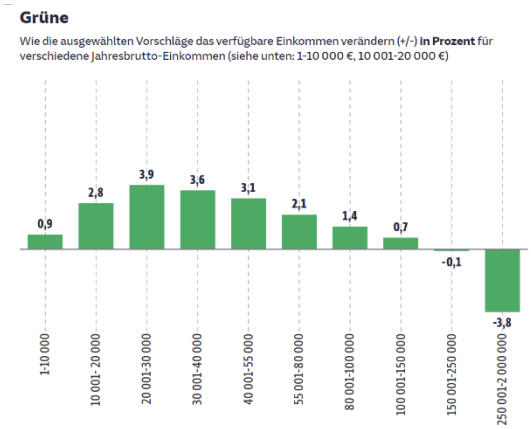
„Political Animals“

Zum Beispiel hier: das Programm der Spitzmaus! Die möchte alle Tiere im Wald steuerlich in etwa gleich entlasten: Da hätten die meisten so zwischen zwei und drei Prozent mehr netto vom brutto. Bis auf die Topverdiener, die 250.000 Nüsse pro Jahr verdienen, die müssten mehr Steuern zahlen.



Link: Süddeutsche Zeitung

Der ist ja so süß, der Habicht. (…) Höhere Entlastung bei Einkommen bis 50.000, weniger Entlastung ab 100.000 Nüssen im Jahr.



Link: Süddeutsche Zeitung

Nein, iii ‘n Weberknecht! (…) Der will auch die mittleren Einkommen entlasten, setzt sich also weniger stark ein für Arme.

BSW fordert länger ALG I, aber Wagenknecht wettert gegen „Missbrauch“.

Link: TELEPOLIS

Link: DER PARITÄTISCHE Gesamtverband

Link: Frankfurter Allgemeine

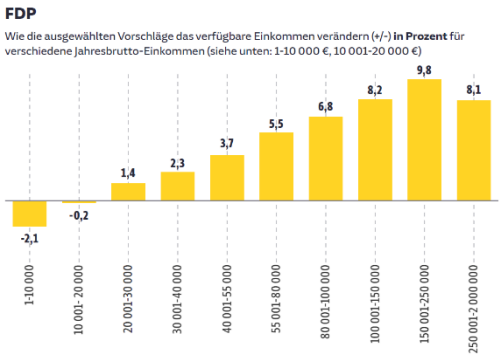
Nein, der Nerz… (…) Lassen Sie mich raten: Der heißt mit Vornamen Friedrich (…) Je mehr man verdient, desto mehr wird man entlastet? (…) Ja erstaunlich, trotzdem wählen ihn nicht nur die Reichen, sondern fast jeder dritte Waldbewohner.

Link: https://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/

Sie sind Durchschnittsdeutsche, deshalb haben Sie ein Durchschnittseinkommen von 43.750 Nüssen jährlich.

Link: Gehaltsvergleich

Es gäbe da noch Wolf und Hyäne. (…) Die stehen für Raubtierkapitalismus: weniger Entlastung für die unteren Einkommen, maximale Entlastung für die Reichen.



Link: Süddeutsche Zeitung

Das Rotkehlchen! (…) Oha! Das entlastet die mittleren und unteren Einkommen ja noch viel mehr als alle anderen „Tiere“. Und mich mit weit über 5 Prozent. (…) Sogar Einkommen bis 100.000 Nüsse werden vom Rotkehlchen stärker entlastet als vom Nerz. Das nützt 90 Prozent aller Tiere. (…) Ja aber nicht allen. Das Rotkehlchen will Einkommen ab 150.000 extrem stark besteuern.

Link: Süddeutsche Zeitung

Das Rotkehlchen bringt dem Wald-Staat am meisten Geld, während der Nerz und die Pimmel-Tiere riesige Löcher in den Haushalt fressen. (…) Wie macht das Rotkehlchen das? Die meisten Menschen müssten weniger Steuer zahlen und trotzdem hätte der Staat mehr Geld? Dealt ihr Vögelchen mit Heroin? (…) Nein es besteuert auch die Vermögen besteuert.

Am stärksten wachsen würde der Etat nach den Plänen der Linken, allein durch die in der Studie untersuchten Vorschläge um 46 Milliarden Euro. Nach dem Programm der Grünen wüchse der Haushalt um über vier Milliarden Euro, nach dem des BSW ebenfalls um knapp vier Milliarden und nach dem der SPD um über eine Milliarde Euro. Das würden jeweils Mehrbelastungen für die privaten Haushalte bedeuten.

Dagegen sinken die staatlichen Einnahmen nach den hier untersuchten Plänen von Union, FDP und AfD: am stärksten beim FDP-Programm mit 116 Mrd. Euro, gefolgt vom AfD-Programm (rund 97 Mrd. Euro) und den Unions-Plänen (rund 47 Mrd. Euro). Das würde Entlastungen für die Privathaushalte bedeuten.

Link: idw

„Familienaufstellung“

63 Prozent von mir wünschen sich Abweisung an der Grenze.

Link: Deutschlandfunk

Und wo(für) steht diese Mitte? (…) Ach so ja, wofür steht ihr denn beim Thema Migration? (…) Zwischen Merkels „Wir schaffen das“ und Seehofers „mit Obergrenze und Asylzentren an der EU-Außengrenze“.

Link: tagesschau

Die AFD fordert: Zurückweisung an der Grenze, Familiennachzug streichen, konsequent abschieben.

Wahlprogramm AfD für 2021

Link: AfD

Bis Anfang 2023 lag die Zahl der Menschen, die Migration für das größte Problem halten, nur bei 10%.

Verlauf siehe Forschungsgruppe Wahlen, Tabelle „Wichtigste Probleme in Deutschland _ I“

Link: FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V.

Ja weil in Medienberichten ausländische Tatverdächtige bis fünfmal häufiger genannt werden als deutsche. Ihre Kriminalität erscheint 11mal höher als sie in Wirklichkeit ist.

Prof. Dr. Thomas Hestermann, Hochschule Macromedia: Tatverdächtige bei Gewaltdelikten waren 2023 laut polizeilicher Erkenntnis zu 33,3 Prozent Nichtdeutsche – in den von uns erfassten Gewaltberichten der meistgesehenen bundesweiten TV-Sender waren dagegen, soweit die Herkunft angegeben war, 84,2 Prozent Nichtdeutsche, also 2,5-mal so viel. Der Anteil der deutschen Tatverdächtigen dagegen, laut Polizei bei 66,7 Prozent, beträgt in der TV-Berichterstattung nur 15,8 Prozent, also weniger als ein Viertel. In den Gewaltberichten der großen überregionalen Tageszeitungen ist der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen mit 82,0 Prozent fast gleich und damit ebenfalls 2,5-mal so hoch wie in der Kriminalstatistik. Der Anteil der deutschen Tatverdächtigen ist mit 18,0 Prozent ebenfalls etwa ein Viertel so hoch.

Aktualisierte Daten auf Grundlage der Expertise von Prof. Dr. Thomas Hestermann

Link: MEDIENDIENST INTEGRATION

Die Beispielrechnung:

1. Es gibt doppelt so viele Deutsche (66,7%) als nichtdeutsche Tatverdächtigen (33.3%)

2. Die Nichtdeutschen werden in (84,2%) der Falle genannt also über 5,3 mal so häufig wie die Deutschen Tatverdächtigen (15,8%)

Der Verzerrungsfaktor ist das Produkt aus beiden Faktoren 2 mal 5,3= 10,6 gerundet 11

Link: MEDIENDIENST INTEGRATION

Im September 2024 halten 42% der Bevölkerung Migration für das größte Problem.

Link: FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V.

Link: statista

Wo fängt denn „Volkspartei“ an - bei 16 oder 17%? (…) Immer bei unseren aktuellen Umfragewerten. Deswegen sind wir jetzt für mehr Abschiebungen, Drittstaatenregelungen und Asylverfahren an der EU Außengrenze.

Sowohl die Bundes-Grüne (die EU-Grünen haben dagegen gestimmt) als auch SPD haben der umstrittenen Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik zugestimmt SPD

Link: taz

Link: PRO ASYL

Mein Parteivorsitzender fordert die Ausrufung der nationalen Notlage, weil dem Kanzler das Land entgleitet.

Link: tagesschau

Link: Verfassungsblog

Deutschland ist so sicher wie noch nie. Es gibt immer weniger Mord und Totschlag.

Link: statista

Link: ZDFheute

Link: ÜBER MEDIEN

„Agenda 2030“

Friedrich, was für ein genialer Name AGENDA PLUS eine JAHRESZAHL! Das gab es noch nie! (…) Doch.

“Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder verkündete in seiner Regierungserklärung am 14. März 2003 die "Agenda 2010". Im Zentrum standen umfassende Reformvorschläge für den Arbeitsmarkt und das deutsche Sozialsystem. Als Ziele nannte er insbesondere die "Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung" sowie den "Umbau des Sozialstaats und seine Erneuerung".

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Link: Deutscher Bundestag

“Im Jahr 2015 hat die Weltgemeinschaft die Agenda 2030 verabschiedet und damit 17 globale Nachhaltigkeitsziele, die Sustainable Development Goals (SDGs), für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung gesetzt-”

Link: 2030AGENDA

Gerhard Schröder hat mit seiner Agenda Deutschland gerettet, allerdings auch die eigene Partei ruiniert.

Abgabe einer Erklärung durch den Bundeskanzler: “Unsere Agenda 2010 enthält weitreichende Strukturreformen. Diese werden Deutschland bis zum Ende des Jahrzehnts bei Wohlstand und Arbeit wieder an die Spitze bringen.”

Link: Deutscher Bundestag

Link: SPIEGEL

Link: taz

Link: JACOBIN

Deutschland verliert monatlich 9000 Industriearbeitsplätze, die Wirtschaft stagniert, das Land muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. (…)

Wir müssen die sozialen Leistungen unseres Landes vom Kopf auf die Füße stellen“, sagte der CDU-Chef.

Link: WELT

Link: SPIEGEL

Das sagt Alice Weidel auch ständig. Vielen fällt es immer schwerer, Unterschiede zwischen ihnen auszumachen.

“Der SPIEGEL hat mit den Daten des Wahl-O-Maten untersucht, in welchen Thesen Union, SPD, Grüne, FDP,Linke, AfD und das BSW jeweils übereinstimmen. (...) Auch die Parteien rechts der Mitte stimmen in einer Mehrzahl der Thesen überein. Die Union hat sogar ein wenig mehr Überschneidungen mit der AfD (61 Prozent) als mit der FDP (58 Prozent).”

Link: SPIEGEL

Alle müssen mehr arbeiten.

Friedrich Merz will die Mentalität der Menschen in Deutschland ändern. »Ich habe auch vielleicht mehr gearbeitet als acht Stunden am Tag«, sagt er.

Link: SPIEGEL

Viele Frauen würden liebend gern mehr arbeiten. Aber 60% sind in Teilzeit. Ein Rekordwert. Viele weil sie keine Kinderbetreuung finden.

“Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten erreichte 2023 mit 39 Prozent einen neuen Rekord. Das geht aus Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf eine Anfrage der Gruppe Die Linke hervor. Frauen arbeiten mit knapp 60 Prozent viel häufiger in Teilzeit als Männer (20,7 Prozent) (...) Rund 14 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen arbeiten als prekär Beschäftigte in Minijobs, als kurzfristig Beschäftigte oder in 1-Euro-Jobs. Zehn Jahre zuvor traf das noch auf jede fünfte Teilzeitbeschäftigte zu. Über die Gründe für die hohe Teilzeitquote bei Frauen geben die Daten des IAB keine Auskunft. Laut einer Mitteilung des Statistischen Bundesamts vom April nennt mehr als jede vierte teilzeitbeschäftigte Frau Kinderbetreuung als Grund für die reduzierte Arbeitszeit.”

Link: taz

Andere Erhebungen kommen auf eine Teilzeitquote von etwa 50%. Die Unterschiede sind auf verschiedene Untersuchungsansätze zurückzuführen, z.B. auf eine abweichende Erfassung der Erwerbsstrukturen.

“Die meisten Frauen mit Kindern unter 12 Jahren wollen aufstocken und 22-26 Stunden arbeiten. Mit größeren Kindern würden viele Mütter dann bis zu 36 Stunden arbeiten - auch abhängig vom Betreuungsangebot.”

Link: DIW

“Aktuelle Ergebnisse zeigen, dass derzeit rund 15 Prozent aller Frauen unterbeschäftigt sind, sich also eine Erhöhung ihrer Arbeitsstunden wünschen. Besonders hoch ist der Anteil der Unterbeschäftigten unter den Minijobberinnen: In dieser Gruppe wünschen sich 37 Prozent eine Ausweitung ihrer Arbeitszeit.”

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Wir wollen Überstundenzuschläge komplett steuerfrei stellen!

“Mehrarbeit muss sich lohnen. Dazu stellen wir Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit steuerfrei. Wer freiwillig mehr arbeiten will, soll mehr Netto vom Brutto haben.”

Link: CDU

Link: CDU

In gesetzlichen Vorschriften finden sich keine Vergütungsregelungen für geleistete Überstunden. Auch das ArbZG regelt nur die Frage, bis zu welcher Obergrenze Mehrarbeit zulässig ist, nicht jedoch, ob und in welchem Umfang diese zu vergüten ist.

Link: Industrie- und Handelskammer Aachen

Das heißt für alle, die Vollzeit arbeiten und viel verdienen, lohnt es sich noch mehr zu arbeiten.

“Auch die Ampel-Regierung plante, Zuschläge für die Überstundenzuschläge steuer- und beitragsfrei zu stellen. Kritikpunkte damals: Es sei zu befürchten, “dass bei Vollzeitbeschäftigung Überstunden gesundheitliche Folgen haben. Langfristig könne das die Arbeitskraft sogar verringern und die Krankenkassen belasten, so der Grünen-Politiker. Außerdem sei es schwer, Mitnahmeeffekte zu verhindern, nämlich vorübergehend auf Teilzeit zu gehen ohne finanzielle Einbußen.”

Link: ZDFheute

Die Exporte nach China gehen stark zurück.

Rückgang der Exporte nach China um etwa 6,4 Prozent im Jahr 2024, während die Importe aus dem Reich der Mitte nur um 0,6 Prozent sanken, wie Hochrechnungen von Germany Trade & Invest (GTAI) zeigen.

Link: GTAI

Link: COUNCIL on FOREIGN RELATIONS

Auf dem wichtigsten Absatzmarkt in China sind die deutschen Automobilverkäufe regelrecht eingebrochen.

“2024 hat die Bundesrepublik mit Exporten nach und Importen aus China nur noch 246 Milliarden Euro umgesetzt, rund 50 Milliarden weniger als noch zwei Jahre zuvor (...) Zugleich sind in China deutsche Autos immer weniger gefragt. Die Staatsführung treibt den Umstieg auf Elektrofahrzeuge und auf Autos aus heimischer Produktion voran. Zuletzt hatten 43 Prozent aller Neuzulassungen in China einen rein elektrischen Antrieb oder Plug-in-Antrieb, die Nachfrage nach Verbrennern dagegen sinkt deutlich wie kontinierlich. Die Ausfuhren der deutschen Autobauer nach China büßten darum allein im Jahr 2024 mehr als 16 Prozent ein.”

Link: Frankfurter Allgemeine

Link: statista

Die chinesischen Ausfuhren dagegen explodieren. Europa wird von E- Autos aus China überschwemmt.

“Während chinesische Hersteller immer mehr BEVs in Europa verkaufen, verlagern sowohl europäische als auch amerikanische Hersteller ihre BEV-Produktion zunehmend nach China – und verschieben die Rolle Europas vom Exporteur zum Importeur von Autos. (...) Doch im heimischen Automobilmarkt erleben sie eine wachsende Konkurrenz durch chinesische OEMs. Obwohl diese in Europa bislang nur eine untergeordnete Rolle spielen, könnten sie 2030 etwa 5% des europäischen BEV-Marktanteils erobert haben.”

Link: Strategy&

“In diesem Jahr könnten laut Studie bereits 440.000 Autos chinesischer Produzenten nach Europa drängen, während europäische Marken voraussichtlich nur noch 325.000 Fahrzeuge nach China verkaufen. Insgesamt könnte das Exportvolumen Chinas damit, bezogen auf alle Hersteller im Jahr 2024, auf 650.000 Autos steigen. Das entspräche einem Plus von 27 Prozent.”

Link: Automobilwoche

Link: COUNCIL on FOREIGN RELATIONS

Wir fordern: Weg mit dem Verbrennerverbot in der EU.

„Dieses Verbot des Verbrenners muss rückgängig gemacht werden, weil wir heute nicht wissen, welche Mobilität in Zukunft wirklich umweltneutral und klimaverträglich entwickelt werden kann“, sagte der CDU-Chef im Mai. Sein Generalsekretär Carsten Linnemann formuliert es so: „Die Soziale Marktwirtschaft sagt, dass Ingenieure besser wissen, welche Technologien sich durchsetzen, als Politiker. Wir werden das Verbrenner-Verbot stoppen.“ Und Manfred Weber, Fraktionschef der konservativen EVP im EU-Parlament, sagte der Bild-Zeitung nach der Europawahl unverblümt, das Verbrenner-Aus sei „Geschichte“.

Link: Neue Osnabrücker Zeitung

“Wir stehen zum Auto und zur Automobilindustrie. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Für die E-Mobilität muss die Ladeinfrastruktur angemessen ausgebaut werden.”

Link: Wahlprogramm CDU & CSU

“Während die aktuelle Bundesregierung weiterhin auf finanzielle Anreize für Elektroautos setzt, bleibt die CDU bei ihrer Position, dass der Markt die treibende Kraft für Innovation und Fortschritt sein sollte. Merz betonte, dass eine starke und unabhängige Automobilindustrie essenziell für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sei und dass staatliche Eingriffe nur dort erfolgen sollten, wo es unbedingt notwendig ist.“

Link: auto, motor und sport

Das Autoland ist in Gefahr, weil auf dem in China mehr als die Hälfte aller Neuwagen inzwischen elektrisch fährt und praktisch keiner davon kommt aus Deutschland.

“Laut Daten der China Passenger Car Association kamen im vergangenen Monat rund 878.000 sogenannte New Energy Vehicles neu auf Chinas Straßen. Dazu zählen rein batterieelektrische Pkw ebenso wie Plug-in-Hybride. Ihr Anteil erreichte damit einen Rekordstand von 50,7 Prozent aller Neuzulassungen. 2025 will die Staatsführung einen Anteil von mindestens 50 Prozent E-Autos über das gesamte Jahr hinweg erreichen.”

Link: SPIEGEL

“Im Jahr 2022 wurden noch 43.200 reine Elektroautos für 904,0 Millionen Euro aus China nach Deutschland importiert. Betrachtet man den Zeitraum von 2020 bis 2023, haben sich die Importe dieser Fahrzeuge sogar verzehnfacht: 2020 kamen gerade einmal 12.800 E-Autos im Wert von 115,2 Millionen Euro aus China nach Deutschland. Umgekehrt gingen die deutschen Auto-Exporte nach China (über alle Antriebsarten hinweg) im Jahr 2023 deutlich zurück... Der Export von reinen E-Autos macht (...) nur einen geringen Anteil am deutschen Pkw-Export nach China aus. Im Jahr 2023 wurden 11.400 solcher Autos im Wert von 848,3 Millionen Euro nach China exportiert.”

Link: electrive

“Begünstigt wird die chinesische Positionierung auf dem Elektromobilitätsmarkt laut dem Batterie-Experten Dirk Uwe Sauer von der RWTH Aachen zudem durch das politische System China. Die Volksrepublik ist ein kommunistischer Staat, die Kommunistische Partei Chinas ist alleinherrschende Einheitspartei. Folglich steht für unsere Experten Chinas Entscheidung, die Autoindustrie auszubauen gar nicht erst zur Disposition und wird konzentriert umgesetzt. Der chinesische Staat lenkt und subventioniert also die chinesische Autoindustrie (...) Wir diskutieren hier lieber dauerhaft darüber, wie viele technologische Alternativen es noch geben könnte. Und vor dem Hintergrund haben wir aber dann eben nicht gehandelt, sondern erst mal diskutiert über lange Jahre." Dirk Uwe Sauer, RWTH Aachen.”

Link: BR24

Donald Trump will die E-Auto Förderung stoppen.

Über die Strategie der Vereinigten Staaten schreibt das Weiße Haus in Wahington: Um das “electric vehicle (EV) mandate“ abzuschaffen und eine echte Wahlmöglichkeit für die Verbraucher zu fördern, sollen unfaire Subventionen abgeschafft werden. Auch andere schlecht durchdachte staatliche Marktverzerrungen, die E-Fahrzeuge gegenüber anderen Technologien bevorzugen und den Kauf von E-Fahrzeugen für Privatpersonen, Unternehmen und staatliche Stellen gleichermaßen erzwingen, indem sie andere Fahrzeugtypen unerschwinglich machen – sollen abgeschafft werden.

Link: THE WHITE HOUSE

„Sie machen es unmöglich, in der Europäischen Union Autos zu verkaufen“, sagte Trump am Montag vor Journalisten und griff damit ein Ärgernis aus seiner ersten Amtszeit wieder auf. Ein besonderer wunder Punkt für den Präsidenten? Die Deutschen und ihre Vorliebe für in Deutschland hergestellte Autos. „Wie viele Chevrolets oder Fords sehen Sie mitten in München?“, fragte er. (...) Präsident Trump hat Autoimporte als Grund für das Handelsdefizit zwischen den USA und Europa genannt. Tatsächlich wurden jedoch viele der deutschen Autos auf US-Straßen in Fabriken in Alabama, South Carolina und Tennessee hergestellt.

Link: Süddeutsche Zeitung

Link: The New York Times

Was wollen sie dagegen tun?

(...) ganz klar, einfach weiter für Freihandel sein.

Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (69) spricht sich in dieser Lage dafür aus, dem künftigen US-Präsidenten einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen vorzuschlagen.

Link: manager

Von der EU fordert Merz eine geschlossene Reaktion. "Die Europäische Union muss jetzt mit Amerika gute Verhandlungen führen und das muss Europa tun, und zwar in großer Geschlossenheit", fügte Merz hinzu.

Link: BÖRSE FRANKFURT

Robert Habeck ist eine Gefahr für den Kapitalmarkt. Wegen ihm wandern jedes Jahr 100 Mrd „Kröten“ ins Ausland.

Zwar schwächte sich der Nettoabfluss von Direktinvestitionen auf 94 Milliarden Euro ab. Doch sei nur in den beiden Vorjahren 2021 (100 Milliarden Euro) und 2022 (125 Milliarden Euro) war mehr Geld aus Deutschland abgeflossen. Der Wert gibt jeweils die Differenz zwischen Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland und ausländischer Unternehmen in Deutschland an.

Link: Frankfurter Allgemeine

Ja, zum Beispiel deshalb, weil die USA und China gezielt Investoren mit Steuergeld anlocken und so Zukunftstechnologien massiv fördern.

“Während die EU mit dem Chips Act vor anderthalb Jahren den Weg für Subventionen von 43 Milliarden Euro frei gemacht hat, stellt Amerika 53 Milliarden Dollar bereit. China pampert seine Branche mit 143 Milliarden Dollar, Japan mit 63 Milliarden Dollar. Taiwan und Südkorea haben langfristige Förderpläne zum Ausbau ihrer Chipindustrie im dreistelligen Milliarden-Dollar-Bereich. In Asien werden derzeit mehr als 80 Prozent aller Chips auf der Welt hergestellt.”

Link: Frankfurter Allgemeine

"Ein Vergleich mit der EU und den USA zeigt, . ..Während China seine Märkte für Schlüsseltechnologien öffnet, verfolgen die USA und die EU restriktivere Politiken, vor allem im Bereich Hochtechnologie und strategischer Branchen, um eigene Unternehmen zu schützen.”
CHINA BRIEFING

Link: GTAI

Während die Unternehmen in Deutschland seit Jahren immer weniger investieren und den Anschluss verpassen bei Chipproduktion, Batterietechnologie, E Autos.

Link: KfW

Dieses Gartenzubehör symbolisiert eine große Steuerentlastung für alle Unternehmen. Deswegen lehnen wir ja auch Industriepolitik ab. Das überlasse wir dem Markt.

“Wachstumsimpulse verspricht sich die CDU auch von einer Senkung der Unternehmenssteuern. Für Unternehmen soll etwa die Körperschaftsteuer auf zehn Prozent reduziert, die Gewerbesteuer vereinfacht und die Möglichkeit für Abschreibungen verbessert werden. Das soll schrittweise bis 2029 erfolgen.

Die gesamte Steuerbelastung auf Unternehmensgewinne soll so schrittweise auf 25 Prozent gesenkt werden. So will Friedrich Merz laut eigener Aussage die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen wiederherstellen.”

Link: STERN

Carsten Linnemann: „Die Soziale Marktwirtschaft sagt, dass Ingenieure besser wissen, welche Technologien sich durchsetzen, als Politiker.“

Link: Neue Osnabrücker Zeitung

Das Institut der Wirtschaft hat im Auftrag der Unternehmen berechnet: Ihre Gießkanne bringt 0,1%. Da wächst gar nichts!

“Getrieben durch die positive Entwicklung bei den privaten Investitionen nimmt das BIP insgesamt zu. Das Wirtschaftswachstum wird aber von unzähligen Determinanten bestimmt, somit bleiben die Effekte in unseren Modellsimulationen moderat. Im ersten Szenario liegt es zehn Jahre nach Eintritt der Steuerreform um 0,13 Prozent (...) über dem Basisszenario.”

Siehe Seite 24 ff, sowie Tabelle 1 und die Abbildungen 7-9

Link: Stiftung Familienunternehmen

Link: statista

Das glauben sie. Wir glauben, zusammen mit der Steuerentlastung für den Bürger bringt das summa summarum zehn Prozent Wachstum.

“Ökonom Jens Südekum wirft der Partei auf X Einfallslosigkeit vor: "Im Agenda 2030 Papier der CDU steht zur Steuerpolitik ungefähr dasselbe wie schon im Wahlprogramm." (...) Südekum hatte bereits für das Wahlprogramm der CDU berechnet: Die Pläne würden eine 100-Milliarden-Lücke in den öffentlichen Haushalten reißen. Seiner Einschätzung zufolge ist das Einsparpotenzial beim Bürgergeld viel zu klein, um das Loch zu stopfen.

Der Ökonom hat erhebliche Zweifel an der Umsetzbarkeit des Wahlprogramms, "das stark auf dem 'Prinzip Hoffnung' beruht". Seinen Berechnungen zufolge müssten die Reformen rund zehn Prozent BIP-Wachstum erzeugen, um die Steuersenkungen zu finanzieren."

Link: ntv

"Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) rechnete im Magazin "Focus" vor, zwei Prozent mehr Wachstum würden 80 Milliarden Euro mehr Wirtschaftsleistung bringen. Dies wären "ungefähr 20 Milliarden Euro an Steuereinnahmen für den Bund, die Länder und die Gemeinden". Gleichzeitig betonte Merz: "Ich werde keine Schulden aufnehmen für kurzfristige Steuersenkungen."

Die Höhe erwarteter Einsparungen blieb aber offen und damit auch der mutmaßliche Hauptteil der nötigen Finanzierung. Experten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hatten die Kosten für die schon im gemeinsamen Wahlprogramm mit der CSU enthaltenen Steuerentlastungen mit fast 100 Milliarden Euro beziffert."

Link: STERN

"Als Faustregel gilt nach den Berechnungen des IMK: Verzichtet der Staat etwa auf zehn Milliarden Euro bei der Lohn- und Einkommensteuer, so steigt die Wirtschaftsleistung -dadurch nur um rund fünf Milliarden. Gleichzeitig sinkt das Bruttoinlandsprodukt an anderer Stelle um mehr als zehn Milliarden Euro, wenn der Staat den Steuerausfall durch Ausgabenkürzungen gegenfinanziert. Die Steuersenkung verschärft somit entweder die Konjunkturschwäche oder den Konsolidierungdruck."

Link: Hans Böckler Stiftung

10 Prozent?! Das gabs zuletzt 1955.

Weil wir über die Jahre genau so viel Wachstum benötigen, um die Löcher zu stopfen, die wir mit unserer Steuerreform erfolgreich in den Haushalt reißen.

"Der Ökonom Jens Südekum sieht die Gegenfinanzierung der Mindereinnahmen durch die versprochenen Steuersenkungen auch durch den Agenda–2030-Plan nicht realisiert. Auf der Nachrichtenplattform X erklärte der Professor für Volkswirtschaft am Donnerstag, dass „die Einsparpotentiale beim Bürgergeld etc. viel zu klein seien".

Auch führt Südekum das Problem an, dass kein Mensch wisse, ob die versprochenen Steuersenkungen wirklich rund zwei Prozent zusätzliches BIP-Wachstum bringen würden. „Es gibt ja nicht Wachstum in der erforderlichen Stärke, bloß weil Friedrich Merz sich das so wünscht, bzw. weil man 2 Prozent braucht, um die gemachten Versprechen zu bezahlen." Für Südekum bleibt damit die Finanzierung der Agenda 2030 auch weiterhin völlig offen. „Die vielen Fragezeichen, die es in der Diskussion ums CDU-Wahlprogramm

gab, sind immer noch da.“ Bereits am Mittwoch nannte Michael Hüther**,** Chef des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), diese Pläne unrealistisch. Gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ kritisierte er sowohl Union als auch FDP für ihre Steuerentlastungsversprechen, weil sie „den Grundrechenarten“ widersprechen würden und „im Rahmen der Schuldenbremse nicht darstellbar“ seien.”

Link: vorwärts

Ihnen ist schon klar, wenn die Wirtschaft bis 2029 um 10 Prozent wachsen soll, müssen bis dahin 7,5 Millionen Menschen zuwandern, das ist richtig viel Migration.

Für 1% Wachstum bräuchte man eine Nettoeinwanderung von 1,5, Mio Erwerbspersonen bis 2029
Link: DIW

“Ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent ist illusorisch und erfordert eine deutliche Zunahme der Zuwanderung nach Deutschland und eine Integration von mehr als 500 000 zusätzlichen Arbeitskräften aus dem Ausland – und das in jedem Jahr über das nächste Jahrzehnt.”

Link: DIW

Für eine jährliche Nettoeinwanderung von 500 000 Menschen im Erwerbsalter, müssten insgesamt 1,5 Millionen Menschen (im Erwerbsalter) einwandern.

Denn jährlich verlassen auch ca. 1 Millionen Menschen (im Erwerbsalter) Deutschland. Hochgerechnet auf 5 Jahre müssten deshalb ca. 7,5 Millionen Menschen nach Deutschland kommen.

Link: https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1013830

Link: Statistisches Bundesamt

Das ist alles vom Ende her gedacht, nicht wie bei dem Wuschelbär vom Wattenmeer

“Im *Zeit*-Podcast „Alles gesagt“ hat Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz über seinen Konkurrenten Robert Habeck gesagt, er sei „ein bisschen der Wuschelbär, dessen Gedanken auch manchmal ziemlich wuschelig sind“. Das sei aber „nicht persönlich gemeint“.

Link: Süddeutsche Zeitung

Sie brauchen 600 Mrd. für Digitalisierung, Klimawandel, Infrastruktur.

“Das IMK hatte im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) ein Investitionsprogramm vorgeschlagen.

Es sieht in den zehn Jahren von 2025 bis 2034 zusätzliche öffentliche Investitionen von insgesamt 600 Milliarden Euro vor. Knapp ein Drittel davon soll dazu dienen, den Sanierungsstau bei Städten und Gemeinden aufzulösen. Weitere 200 Milliarden Euro sind für klimafreundliche Modernisierungen vorgesehen, unter anderem für energetische Gebäudesanierung und den Ausbau der Stromnetze. Rund 127 Milliarden Euro sollen in Verkehrswege und den Öffentlichen Personennahverkehr investiert werden, knapp 42 Milliarden Euro in die Bildungsinfrastruktur, 37 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau.”

Link: WirtschaftsWoche

Weitere Einschätzungen zum Investitionsbedarf:

Der genaue Investitionsbedarf, der sich aus den verschiedenen Argumenten für Deutschland ergibt, lässt sich nur schwerlich genau beziffern. Aber diverse Studien deuten auf signifikante Beträge hin. So kommt z. B. der Bundesverband der Deutschen Industrie auf notwendige Zusatzinvestitionen in einer Größenordnung von 1,4 Bio. Euro bis zum Jahr 2030, davon entfallen 450 Mrd. Euro auf öffentliche Mehrausgaben für Infrastruktur und Förderprogramme, also rund 70 Mrd. Euro (1,75 Prozent des BIP) pro Jahr.

Link: Bundesminesterium der Finanzen

Dazu kommen noch 40 Mrd. jährlich zusätzlich für Verteidigung.

Merz: Nein, wir kommen mit dem laufenden Haushalt nicht aus. Der Verteidigungshaushalt umfasst jetzt etwas über 50 Milliarden. Zwei Prozent unseres BIP sind schon jetzt fast 90 Milliarden. Das heißt, die Lücke liegt bei mindestens 30, eher 40 Milliarden.

Link: ZEIT

Sie haben aber gerade 100 Mrd mit ihrer Steuerreform verschenkt. Das geht doch alles nur, wenn sie die Schuldenbremse verschrotten!

Die #Schuldenbremse schützt das Geld und die Steuerzahlungen der jungen Generation. Sollen wir deren Geld heute schon ausgeben?

Link: X

Link: ZEIT

Link: tagesschau

Wir schaffen das Bürgergeld ab. Das können sie nicht. Das ist schon das Existenzminimum.

Gastbeitrag von Friedrich Merz in der Welt am Sonntag:

“Das Bürgergeld mit seinen falschen Anreizen schaffen wird ab. “

Link: CDU

“In ihrem Wahlprogramm kritisierte die Union, dass das Bürgergeld die Anreize senke, eine Arbeit aufzunehmen. „Das sogenannte ‚Bürgergeld‘ in der jetzigen Form schaffen wir ab und ersetzten es durch eine Neue Grundsicherung“, heißt es dort. Diese Grundsicherung soll komplett entfallen, sollte jemand „grundsätzlich nicht bereit“ sein, Arbeit anzunehmen, schreibt die Union weiter. Ob man eine solche Forderung jedoch auch rechtlich umsetzen könnte, ist fraglich.

Denn ganz ohne Hilfe vom Staat wäre ein Leben in Würde nicht mehr möglich. Das jedoch schreibt das Grundgesetz im ersten Artikel vor. Und auch Artikel 20, der das Sozialstaatsprinzip verankert, würde ein komplettes Streichen der Sozialleistungen verhindern. Ob sich das Grundgesetz im Zuge der Grundsicherung umgehen ließe, ist unklar.”

Link: Frankfurter Rundschau

“Das Bürgergeld ist Teil der Grundsicherung. Sie soll ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleisten. Anspruch darauf haben Menschen, die keine Arbeit finden oder in ihrem Beruf zu wenig verdienen, um ihren Lebensunterhalt zu decken – also rechtlich gesehen hilfsbedürftig sind. Diese Grundsicherung ist gesetzlich festgeschrieben, sie ist Grundlage unseres Sozialstaats und basiert in Teilen auf Rechtsprechungen des Bundesverfassungsgerichts .(...)

Die Regelsätze zu senken, ist etwa ein Vorschlag der FDP. Die Politik kann die Beträge jedoch nicht einfach so herunterschrauben, denn deren Berechnung ist ebenfalls gesetzlich festgesetzt und vom Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben.”

Link: ZEIT

Link: DIW

Aber wir können denen die Leistung streichen, die sich weigern eine Arbeit aufzunehmen, damit sparen wir Milliarden.

“Nach aktueller Rechtslage können zehn bis 30 Prozent des Bürgergeldes vorübergehend gestrichen werden, wenn jemand seinen Pflichten zur Zusammenarbeit mit dem Jobcenter nicht nachkommt. Wer eine zumutbare Arbeit dauerhaft ablehnt, dem kann das Bürgergeld

sogar zwei Monate lang komplett gestrichen werden. Für härtere Sanktionen hat das Bundesverfassungsgericht enge Grenzen gesetzt, in einem Urteil aus dem Jahr 2019. (...) Union und FDP fordern darüber hinaus, mehr Bürgergeldempfänger schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dafür sollen sie früher und härter sanktioniert werden, wenn sie Arbeitsangebote nicht annehmen oder nicht zu Terminen im Jobcenter erscheinen. Doch auch hier grenzte das Bundesverfassungsgericht bereits ein, wie mögliche Sanktionen ausfallen dürfen.(...) Entsprechende Vorschläge orientieren sich also nicht an der geltenden Rechtsprechung."

Link: ZEIT

Wir wollen aber damit 10 Mrd sparen.

„Wir werden dieses System Bürgergeld vom Kopf auf die Füße stellen. Da werden sich zweistellige Milliardenbeträge einsparen lassen", sagte er mit Blick auf die Ankündigung der Union. Bei dem von der Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP eingeführten Bürgergeld sehe man „explodierende Kosten von 50 Milliarden Euro". Die Union will dies durch eine neue Grundsicherung ersetzen.

Die SPD warnt, dass dabei ein Teil der Kosten einfach vom Bund auf die Kommunen abgewälzt werde."

Link: Handelsblatt

"Um einen zweistelligen Milliardenbetrag zu erreichen, müsste die Zahl der Empfänger rechnerisch um etwa 25 Prozent sinken, das sind 1,4 Millionen Personen. Das ist kurzfristig unrealistisch. In den zehn Jahren zwischen 2008 und 2019, als bei guter Konjunktur die Hartz-Reformen wirkten und hohe Beschäftigungsgewinne erzielt wurden, sank die Zahl um rund eine Million. Die wirtschaftlichen Aussichten sind derzeit jedoch deutlich schlechter als damals, die Zahl der Arbeitslosen dürfte steigen. Realistisch ist daher maximal ein geringer einstelliger Milliardenbetrag als Einsparung.

(...) Die Erzählung, dass ein Großteil der erwerbsfähigen Bürgergeld-Empfänger nichts tut, ist falsch. Ein gutes Fünftel ist als Aufstocker erwerbstätig. Auch die Übrigen sind in der Regel nicht inaktiv: Sie sind häufig in Sprachkursen, Bildung und Ausbildung, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oder suchen aktiv Arbeit", sagte IAB-Forscher Brücker. Hinzu kämen Personen in Elternzeit. Häufig können Alleinerziehende wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht arbeiten."

Link: Merkur

Dann bringen wir eben 1,4 Millionen erwerbsfähige Bürgergeldempfänger in Beschäftigung.

Würden davon 100.000 tatsächlich arbeiten gehen, brächte das drei Milliarden Euro ein.

Link: ZDFheute

Nennen sie mir einen Grund, warum die nicht alle arbeiten gehen sollten. (…) Warten sie. Ich habe einen: Weil viele von denen schon Arbeit haben. So schlecht bezahlt, dass sie mit Bürgergeld aufstocken.

Im Jahr 2024 bezogen in Deutschland bis September durchschnittlich rund 820.000 erwerbstätige erwerbsfähige Personen Bürgergeld.

Link:statista

Weil sie in Sprach und Ausbildung-Kursen sitzen. (…)

25 Prozent sind in Weiter- oder Ausbildung

Link:ZDFheute

Weil die Unternehmen sie nicht wollen, die meisten sind schwer vermittelbar.

“Etwa zwei Drittel von den Menschen, die als arbeitslos gelten, haben keinen formalen Berufsabschluss - sind auf dem Arbeitsmarkt also per se schwer zu vermitteln.”

Link:ZDFheute

Link:Landesbank Baden-Württemberg

Link:Bundesagentur für Arbeit

Es gibt doch nur 14.000 Totalverweigerer. Wenn sie die alle auf null setzen, bringt das gerade mal 95 Millionen

Um eine existenzsichernde Höhe der Regelbedarfe sicherzustellen, wurde vor dem Hintergrund der extrem steigenden Lebenshaltungskosten und Energiepreise im Jahr 2022 die Berechnung der Regelbedarfe zum 1. Januar 2023 geändert: Bei der Fortschreibung der Regelbedarfe wird neben der Preis- und Lohnentwicklung jetzt zusätzlich die aktuelle Inflation stärker berücksichtigt. Anfang 2023 stieg das Bürgergeld demzufolge für einen alleinstehenden Erwachsenen um 53 Euro auf 502 Euro. Zum 1. Januar 2024 stieg es um 61 Euro auf 563 Euro im Monat. Zum 1. Januar 2025 gab es eine sogenannte Nullrunde . Das heißt, die Beträge bleiben unverändert

Link:Die Bundesregierung

Im März teilte die Bundesagentur für Arbeit auf Anfrage von *tagesschau.de* mit, dass man keine genauen Zahlen zu "Totalverweigerern" habe. Statistisch erfasst werde aber der Minderungsgrund "Weigerung Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung, Maßnahme oder eines geförderten Arbeitsverhältnisses", bei dem auch Weiterbildungen

und Qualifikationen berücksichtigt werden. Dabei zeigt sich, dass es in den ersten elf Monaten des Jahres 2023 insgesamt 13.838 Fälle gab. Das liegt weit unter der von Linnemann genannten sechsstelligen Zahl an Menschen, die grundsätzlich nicht bereit sei, zu arbeiten."

Link:tagesschau

Dafür kriegen sie grad mal nen halben Eurofighter

"Vor mehr als drei Jahren hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags in einer Sitzung etwa 5,5 Milliarden Euro für 38 neue Eurofighter freigegeben. Seit vergangenem Sommer produziert die Rüstungsindustrie, teilweise in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, das modernste Eurofighter-Modell."

Link:BUNDESWEHR

Wir wollen eine Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger bei den Kommunen.((**Aber das wären) 7,1 Mrd an Mehrkosten für die Kommunen.**

"Durch eine bundesweite Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger würden dem Steuerzahler bis zu 7,1 Milliarden Euro zusätzliche Kosten pro Jahr entstehen (...) Demnach müsste der Staat für Einrichtung und Betrieb gemeinnütziger Jobs durchschnittlich 657 Euro pro Monat und Stelle aufbringen. Davon würde nur etwa ein Fünftel als gesetzlich vorgeschriebene und einklagbare Entschädigung an die betreffenden Arbeitslosen gehen. Die restlichen Kosten entstünden beim Träger oder der Gemeinde.

Ersparnis brächte die Arbeitspflicht dem Staat dagegen nicht, weil die „Arbeitsgelegenheiten" für Sozialleistungsempfänger laut Gesetz keine regulären Arbeitsplätze ersetzen dürften, auch nicht für kommunale Aufgaben wie Straßenreinigung oder Winterdienst.

„Mit diesen 7 Milliarden Euro pro Jahr könnte man auch 450.000 ganz normale, sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen für Langzeitarbeitslose schaffen",

Link:RedaktionsNetzwerk Deutschland

„Finale"

Der Familiennachzug für Geflüchtete wird umgehend gestoppt.

Link:MEDIENDIENST INTEGRATION

Diese Menschen würden ganz regulär einreisen, ausführliche Checks durchlaufen und würden zu Integration beitragen.

Link:MEDIENDIENST INTEGRATION

Machen sie sich keine Gedanken, sie stehen laut Umfragen zu 66% hinter meinem 5 Punkte Plan.

Link:TAGESSPIEGEL

Als nächstes mache ich die deutsche Grenze dicht, auch für Geflüchtete.

Link:Süddeutsche Zeitung

Link:ntv

Die Grenze ist fast 4000 Kilometer lang, wie dicht wollen sie die denn kriegen? Alle 10 Meter einen Bundespolizisten? (…) Dann müssten sie 1,2 Mio Polizisten herzaubern.

Link:Statistisches Bundesamt

> 3-Schicht-Modell / Dreischichtbetrieb: Hier wird in der Regel rund um die Uhr gearbeitet, 24 Stunden am Tag. In der Regel gibt es Frühschicht, eine Spätschicht und eine Nachtschicht mit je 8 Stunden Arbeitszeit.

Link:Deutscher Gewerkschaftsbund

Und dann verhaften wir alle Ausreisepflichtigen! (…) Aber das sind über 40.000, wir haben nur Platz für 800.

“Die Zahl der "unmittelbar Ausreisepflichtigen" beläuft sich auf 42.300 (Stand: Dezember 2024). Das sind Personen, die ihre Duldung nicht verlängert haben und womöglich bereits das Land verlassen haben.”

Link:MEDIENDIENST INTEGRATION

“In den normalen Gefängnissen sind nach Angaben des Statistischen Bundesamts aktuell rund 44.000 Menschen untergebracht. Theoretisch gilt ohnehin ein Trennungsgebot, die Abschiebehaft soll nicht im normalen Justizvollzug stattfinden. Praktisch ist das jedoch längst der Fall. „Die Gefängnisse, gerade in den Großstädten, sind schon überfüllt“, sagt Müller.

Praktisch würden die Merz-Pläne auf Doppelbelegungen hinauslaufen, die rechtlich gar nicht zulässig sind, ergänzt er. Die Union selbst fordert mehr Abschiebehaftplätze. Zehn separate Abschiebe-Gefängnisse gibt es in Deutschland. Platz für mehrere Tausend gibt es dort nicht. Etwa 800 Abschiebehaft-Plätze gibt es derzeit in Deutschland.Selbst wenn es ein Milliardenprogramm für Dutzende neue Gefängnisse geben würde, braucht es Zeit und Personal."

Link:Neue Osnabrücker Zeitung

Könnte man keine Unterkünfte bauen? (…) Das würde Milliarden Euro kosten,

Die Baukosten pro Haftplatz variieren sehr stark, wie diese Beispiele zeigen:

Der Ausreisegewahrsam soll im ersten Quartal 2018 in Betrieb gehen, im Laufe des ersten Halbjahres folgt die Abschiebungshaft. Beide Einrichtungen entstehen in der Hamburger Straße in Dresden.

Die Baukosten belaufen sich auf rund 9,1 Millionen Euro. Für den Gewahrsam sind 34 Plätze, für die Haft 24 Plätze vorgesehen.

> Kosten pro Platz 150 000 Eur

Link:Sächsische Staatskanzlei

o

Neber der JVA Volkstedt ... soll also eine eigene ASE für etwas mehr als vier Millionen Euro entstehen, für mehr als 20 Plätze

> Kosten pro Platz ca. 160 000

Link:mdr

Auf einer Fläche von gut vier Hektar sollen sieben Gebäude entstehen. Bauen soll sie der vorbestrafte Investor Jürgen B. Harder für 155 Millionen Euro. Ab 2026 soll das Abschiebezentrum dann für 315 Millionen Euro an das Land Brandenburg vermietet werden, mit einer Vertragslaufzeit von 20 Jahren. Bis zu 118 Menschen sollen darin untergebracht werden können, was einer Vervierfachung der Kapazitäten entspricht.

> Kosten pro Platz 1.3 Millionen Euro

> für 32 200 Plätze wären das sogar 42 Mrd. Euro

Link:taz

Rund zehn Millionen Euro aus dem Doppelhaushalt 2025/2026 soll das "Ausreisezentrum" kosten und 2025 dafür die ersten Container aufgestellt werden. Das Land rechnet mit insgesamt 200 bis 250 Plätzen. Für andere Räume etwa zum Essen oder für Sport sollen bestehende Gebäude umgebaut werden.

> 50 000 pro Platz im Container plus Sanierungskosten?

Link:RBB24

Ja, aber die Mehrheit will auch Dinge wie eine Vermögenssteuer und ein Tempolimit.

"In Deutschland sterben täglich acht Menschen im Straßenverkehr, mehr als 1.000 werden verletzt. Hinter diesen Zahlen stehen Familien und Freunde, die durch tragische Verluste auseinandergerissen werden." Langsameres Fahren könne helfen, Unfälle zu vermeiden und Leben zu retten.

Verkehrsforscher Stefan Gössling nennt das Verkehrssystem einen Spiegel der Gesellschaft. "Wir wissen, dass es einerseits eine breite Mehrheit in der Bevölkerung für ein Tempolimit gibt; andererseits eine kleine Gruppe von aggressiven Fahrern, die keinerlei rationalen Argumenten für ein Tempolimit zugänglich ist." Hier müsse die Regierung endlich handeln, so sein Wunsch.

Link:tagesschau

Link:statista

Link:ZEIT

Link:Frankfurter Rundschau

Impressum

Zweites Deutsches Fernsehen
Anstalt des öffentlichen Rechts

ZDF-Straße 1
55127 Mainz

Postanschrift:
Zweites Deutsches Fernsehen
55100 Mainz
Tel.: 06131/70-0
Fax: 06131/70-12157

E-Mail: info@zdf.de
Vertretungsberechtigter im Sinne des § 55 Abs. 1 Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien, § 5 Abs. 1 Telemediengesetz:
Intendant
Dr. Norbert Himmler